



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 9. Juni 2022
(OR. fr)

9518/22

SOC 312
EMPL 206
ECOFIN 602
EDUC 241

VERMERK

Absender: Vorsitz
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.: Europäisches Semester 2022
– Orientierungsaussprache

Die Delegationen erhalten anbei einen Orientierungsvermerk des Vorsitzes zum oben genannten Thema im Hinblick auf die Aussprache auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 16. Juni 2022.

Europäisches Semester 2022

Die Europäische Kommission hat ihr Frühjahrspaket am 23. Mai 2022 veröffentlicht. Trotz der Umstände im Zusammenhang mit der Invasion Russlands in die Ukraine wird mit diesem Paket nach den Umwälzungen infolge der COVID-19-Krise und der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) bis zu einem gewissen Grad eine Rückkehr zur Normalität des Semesters erreicht. **Die Kommission schlägt daher erneut „strukturelle“ länderspezifische Empfehlungen vor, darunter Empfehlungen in den Bereichen Beschäftigung und Sozialpolitik.** Die Tragweite dieser Empfehlungen und ihr allgemeiner Ansatz wurden jedoch an den neuen Kontext angepasst.

1. Die Vorschläge für die länderspezifischen Empfehlungen 2022

Die COVID-19-Krise und die Invasion Russlands in die Ukraine haben einige bereits bestehende Herausforderungen verschärft und neue geschaffen. Die **COVID-19-Krise** hatte ungleichmäßig verteilte Auswirkungen auf die Bevölkerung, auf die Gebiete und auf die unterschiedlichen Wirtschaftszweige, in denen in mehreren Ländern ein starker Arbeitskräftemangel aufgetreten ist. Obwohl sie durch eine rasche politische Reaktion auf europäischer und nationaler Ebene kurzfristig eingedämmt wurden, sind die mittelfristigen Auswirkungen der Pandemie auf Armut und Ungleichheit nach wie vor ungewiss. Darüber hinaus stellen die Millionen von Menschen, die infolge der **Invasion Russlands in die Ukraine** aus ihrem Land geflohen sind, um sich in Sicherheit zu bringen, für einige Mitgliedstaaten eine große integrationspolitische Herausforderung dar. In diesem Zusammenhang ermöglicht die Richtlinie über vorübergehenden Schutz die Harmonisierung der Rechte ukrainischer Flüchtlinge in der gesamten EU, was das Aufenthaltsrecht, den Zugang zum und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt, den Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung, zu Wohnraum sowie zu den Sozialversicherungssystemen, zu medizinischer Versorgung und Sozialschutz betrifft. Die russische Invasion hat auch den **jüngsten Anstieg der Energie- und der Nahrungsmittelpreise** verstärkt, der bereits in der zweiten Jahreshälfte 2021 zu spüren war und insbesondere die finanziell schwächsten Haushalte trifft.

Um diesem neuen Kontext gerecht zu werden, stellen die **Prioritäten von REPowerEU ein Schlüsselement des Frühjahrspakets** dar, da die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zusammen mit der Umsetzung einer wirksamen Beschäftigungs-, Kompetenz- und Sozialpolitik von entscheidender Bedeutung ist. Diese Prioritäten spiegeln sich daher in der Analyse der Länderberichte und in den daraus folgenden länderspezifischen Empfehlungen ebenso wider wie in dem Vorschlag der Kommission für Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten.

Darüber hinaus werden der grüne und der digitale Wandel den Qualifikationsbedarf auf dem Arbeitsmarkt grundlegend verändern. Die Ausstattung der Arbeitskräfte mit angemessenen Kompetenzen und die Gewährleistung der kontinuierlichen Weiterqualifizierung und Fortbildung im Bereich dieser Kompetenzen stellen große Herausforderungen dar in dem Bestreben, die europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften nachhaltiger, inklusiver und widerstandsfähiger zu machen. Obwohl die Wirtschaft der Union im Jahr 2021 mehr als 5,2 Millionen Arbeitsplätze geschaffen und fast 3,5 Millionen zusätzliche Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt gewinnen konnte, besteht in zahlreichen Mitgliedstaaten ein Arbeitskräftemangel, insbesondere im Baugewerbe, im Gesundheitswesen und in Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien.

In diesem besonderen Kontext bieten die Aufbau- und Resilienzfazilität und die Fonds der EU-Kohäsionspolitik (einschließlich des Europäischen Sozialfonds Plus) umfangreiche finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Reformen und Investitionen in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Sozialpolitik. **Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Fonds ist die aktive Beteiligung der Sozialpartner** und anderer Interessenträger sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. Ein regelmäßiger Austausch auf der Grundlage der erfolgreichen Anwendung des Partnerschaftsprinzips bei der Programmplanung und Umsetzung der Kohäsionspolitik ist von entscheidender Bedeutung für die gemeinsame Ermittlung von Herausforderungen, die Vorgabe besserer politischer Lösungen und eine stärkere Eigenverantwortung für die wirtschafts- und sozialpolitische Agenda.

Allgemein bleibt die europäische Säule sozialer Rechte der übergreifende Orientierungsrahmen, um Fairness und soziale und wirtschaftliche Aufwärtskonvergenz in der EU zu gewährleisten, indem die Beschäftigungs-, Kompetenz- und Sozialpolitik im Semester auf sie ausgerichtet und **das überarbeitete sozialpolitische Scoreboard im Rahmen des Aktionsplans zur Umsetzung der Säule im Frühjahrspaket für das Halbjahr 2022 in vollem Umfang berücksichtigt wird.**

Um diesem neuen Kontext und den damit verbundenen Herausforderungen Rechnung zu tragen, **schlägt die Europäische Kommission in ihrem Frühjahrspaket allen Mitgliedstaaten Empfehlungen in vier Bereichen vor:**

- eine Empfehlung zur **Haushaltspolitik**;
- eine Empfehlung zur **Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne (NARP) und der kohäsionspolitischen Programme**;
- eine Empfehlung zu **bestehenden und sich abzeichnenden strukturellen Herausforderungen**, die im NARP nicht ausreichend berücksichtigt werden;
- eine Empfehlung zur **Energiepolitik**.

Der Beschäftigungsausschuss und der Ausschuss für Sozialschutz haben eine Stellungnahme zum Europäischen Semester formuliert, die die Vorschläge für die länderspezifischen Empfehlungen 2022 und die multilaterale Bewertung der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen von 2019 und 2020 zum Gegenstand hat (Dokument 9946/22 ADD 1-4).

2. Erörterung der Entwicklungen im Rahmen des Europäischen Semesters

Die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität hatte erhebliche Auswirkungen auf die Organisation des Europäischen Semesters. Im Rahmen ihrer Überlegungen über die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Steuerung beabsichtigt die Kommission, Leitlinien für mögliche Änderungen nach der Sommerpause bereitzustellen. Im Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) und in seinen vorbereitenden Fachausschüssen fanden Beratungen über den Rahmen für die Überwachung der Sozialpolitik und über das Verfahren der multilateralen Bewertung der Umsetzung der Empfehlungen in Bezug auf die betreffenden Bereiche statt.

3. Fragen

Die Ministerinnen und Minister werden gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Angesichts des Gesamtcharakters der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne wird in den länderspezifischen Empfehlungen 2022 auf eine begrenzte Zahl von Reformen und zusätzlichen Investitions Herausforderungen eingegangen. Werden im Frühjahrspaket für das Halbjahr 2022 Ihres Erachtens alle relevanten Herausforderungen und politischen Prioritäten genannt, die in den Zuständigkeitsbereich des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) fallen und die im derzeitigen sozioökonomischen Kontext notwendig erscheinen?
2. Die Kommission wird nach der Sommerpause Leitlinien für mögliche Änderungen des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung bereitstellen, damit diese in den Semesterzyklus für das Jahr 2023 eingebunden werden können. Sollten die sozial- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen Ihrer Meinung nach im Rahmen des Europäischen Semesters verstärkt überwacht werden? Wenn ja, wie?